

Frau Storch die Sonne verklagen wollte. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Dudas. – Jetzt hat das Wort für die AfD-Fraktion Herr Loose.

**Christian Loose (AfD):** Ich warte noch auf Ihre Zwischenfrage, Herr Klocke.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Können Sie lange warten!)

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Verkehr muss fließen. Das ist gut für die Wirtschaft, das ist gut für die Umwelt. Aber nicht nur der Verkehrsfluss ist wichtig, sondern auch ein ausreichender Parkraum. Das gilt für Pendler, aber auch für Handwerker und Gewerbetreibende.

Stellen Sie sich einmal vor, Sie sind Handwerker und fahren morgens mit dem Auto nach Düsseldorf rein zu einem Kunden. Leider wohnt der Kunde so, dass Sie über die Witzelstraße müssen, wo jetzt eine sogenannte Umweltspur eingerichtet ist. Durch den Stau pusten Sie jetzt ordentlich Abgase in die Luft, kommen am Ende 30 Minuten zu spät beim Kunden an. Dort haben Sie das nächste Problem: Sie finden keinen Parkplatz, denn die Parkplätze wurden für einen Radfahrstreifen geopfert.

Genauso ergeht es zahlreichen Mitarbeitern von Paketdienstleistern, die fast nur noch in zweiter Reihe parken können. Und das ist ja seit Ende April noch einmal deutlich teurer geworden. Solche Situationen sind täglicher Wahnsinn in deutschen Großstädten. Freie Fahrt für freie Bürger – das war einmal.

Heute brauchen Sie sogar eine grüne Plakette, wenn Sie in eine deutsche Großstadt wollen. Und das gilt auch für ausländische Fahrzeuge und ausländische Fahrer. So hat es ein belgischer Journalist erlebt, der mich in Bochum interviewt hat. Dort wollte eine Dame vom Ordnungsamt dann 80 Euro von ihm haben, obwohl er einen fast nigelneuen Diesel gefahren hat. Aber er hatte halt keine grüne Plakette.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Dabei bekäme doch nahezu jedes Auto in Deutschland inzwischen die grüne Plakette. Aber was einmal in Deutschland eingeführt wird, wird nicht so schnell wieder abgeschafft. So werden nahezu 100 % der Autofahrer gezwungen, sich eine grüne Plakette zu kaufen, statt dass man die wenigen Autofahrer, die sie nicht mehr bekämen, einfach über eine höhere Kfz-Steuer belastet.

Inzwischen muss ich die Menschen, die nach Bochum reinfahren, auch regelmäßig vor dem Tempo

30 auf der Herner Straße warnen. Da fahren die Menschen von der Autobahn runter mit 100 Sachen und kommen dann auf eine vierspurige Straße. Und dort ist plötzlich 30 km/h angesagt – aus Luftreinhalungsgründen, heißt es so schön. Doch was passiert? Die Anwohner zum Beispiel fahren einfach die Nebenstraße Auf der Markscheide oder Am Gartenkamp und belasten dort die Umwelt.

Aber der Ortsunkundige fährt die Herner Straße entlang, und nach ein paar Hundert Metern steht dort ein Blitzler. Und wenn Sie nicht aufgepasst haben, weil sie ortsunkundig sind, und jetzt mit 53 km/h geblitzt werden, dann haben Sie ab Ende April nach den neuen Regelungen gleich schon Ihren Führerschein verloren.

(Zuruf von der SPD)

– Meine sehr geehrten Damen und Herren, man sieht, dass Sie nicht wissen, was das für eine Herner Straße ist. Auf dieser vierspurigen Straße gibt es kaum Radfahrer, aber Tempo 30.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Beispiele zeigen, dass Ihre Maßnahmen, die Sie zur Bestrafung der Autofahrer eingeführt haben, weder sachgerecht noch angemessen sind. Deshalb werbe ich um Ihre Stimme. Stimmen Sie für unseren Antrag – für einen besseren Verkehrsfluss, für ein harmonisches Miteinander von Auto- und Radfahrverkehr und auch für eine bessere Umwelt. Denn eine grüne Welle schont die Luft deutlich mehr als eine grüne Plakette. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Loose. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 17/9377** an den **Verkehrsausschuss** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung**. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer ist dafür, dass es so geschieht? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist einstimmig so überwiesen.

Ich rufe auf:

## **12 Gesetz über die Zulassung öffentlicher Spielbanken im Land Nordrhein-Westfalen (Spielbankgesetz NRW – SpielbG NRW)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/8796

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Haushalts- und Finanzausschusses

Drucksache 17/9389

zweite Lesung

Änderungsantrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/9391

Entschließungsantrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/9454

Die Aussprache ist eröffnet. Für die CDU-Fraktion hat Herr Klenner jetzt das Wort, bitte schön.

**Jochen Klenner** (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist nicht das erste Mal, dass wir in dieser Wahlperiode über das Thema „Spielbankgesetz“ hier im Plenum sprechen, in den Ausschüssen erst recht. Die Debatte ist auch nicht neu. Sie wurde schon vor 2017, auch unter anderen Regierungsmehrheiten, immer wieder angestoßen – das wissen Sie auch –, auch aus den Reihen derer, die heute als ganz entschiedene Gegner auftreten.

Ich respektiere aber Ihre Auffassung, die oft genug deutlich geäußert worden ist und besagt, dass ein Teil dieses Parlaments lieber die Trägerschaft für die Spielbanken weiter in der Trägerschaft des Landes belassen möchte. Das ist Ihr gutes Recht.

Wenig Verständnis habe ich für die Aufgeregtheit, mit der manche die Debatte hier im Haus geführt haben und grundsätzliche ideologische Kämpfe daraus machen. Das reichte bis zu, wie wir es in einem Zeitungsbericht erleben mussten, persönlichen Beleidigungen einzelner Kollegen, Diffamierungen und dem Generalverdacht einer ganzen Branche. Das ist völlig unangemessen gewesen.

Wir haben uns mehrere Stunden lang hier im Plenarsaal gemeinsam mit Sachverständigen sehr ausführlich mit dem Thema beschäftigt.

(Monika Düker [GRÜNE]: Leider nicht auf sie gehört!)

Dabei wurde mehrfach von den verschiedenen Experten festgehalten, dass es sich um eine ordnungspolitische Entscheidung handelt.

(Sven Wolf [SPD]: Unordnungspolitisch!)

Aber selbstverständlich – und das wurde betont – sind mehrere Trägerschaftsmodelle denkbar und vertretbar. Sie haben Ihre Meinung, aber es gibt auch andere Meinungen. Eine andere Trägerschaft ist möglich.

Das zeigt auch die Realität, wenn wir über die Grenzen von Nordrhein-Westfalen hinausblicken. Es gibt in manchen Bundesländern Spielbanken in öffent-

licher Trägerschaft oder in privater Trägerschaft, manchmal gibt es eine Konzession, manchmal mehrere Betreiber. An keiner Stelle des Verfahrens – ich habe mehrfach danach gefragt, die Kollegen haben mehrfach danach gefragt – konnten Sie belegen, dass es irgendwo besondere Auffälligkeiten oder große Unterschiede gegeben hätte, die auf die Art der Trägerschaft zurückzuführen wären.

(Monika Düker [GRÜNE]: Wir reden über ein Gesetz!)

Vielleicht kommt das ja gleich. Oder wir hören wieder nur von Schreckens- oder Drohszenarien, die sich nirgendwo durch Fakten und echte Erfahrungsberichte belegen lassen.

Frau Düker, auch Sie können so vorgehen, wie Ihr Kollege Zimkeit das gemacht hat. Er sagte, er sei nicht verantwortlich für das Abstimmungsverhalten sozialdemokratischer Kollegen in anderen Bundesländern. Das ist richtig, aber auch in Ländern mit Regierungen, wo die Grünen dabei sind, gibt es doch private Trägerschaften. Warum haben Ihre Kollegen damit überhaupt kein Problem? Und warum sind die nicht in der Lage, Ihnen Fakten für Ihre Schreckens- und Drohszenarien zu liefern? Vielleicht liefern Sie die Fakten, ansonsten sollten Sie es gleich mit Ihrer Rede sein lassen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Präsident André Kuper:** Herr Kollege, es gibt jetzt schon den Wunsch nach einer Zwischenfrage. Wollen Sie die zulassen?

**Jochen Klenner** (CDU): Wer möchte denn fragen?

**Präsident André Kuper:** Frau Düker. – Bitte.

**Monika Düker** (GRÜNE): Herr Kollege, danke schön für die Zulassung der Zwischenfrage. – Ihr Vergleich mit den anderen Ländern ist gut und schön, aber wir reden hier über die Begründung, warum eine Privatisierung Besserungen in NRW bringen soll. Der Minister hat versprochen – nicht Minister Reul, sondern der Kollege Lienenkämper –, dass alle Standards gleich bleiben, wenn nicht besser werden sollen. Darüber reden wir. Wo sehen Sie bitte in diesem Gesetz die Standards verbessert?

Das hat doch nichts damit zu tun, dass in anderen Ländern andere Entscheidungen getroffen wurden; dort gelten andere Entscheidungsgrundlagen. Reden Sie doch mal zu den Entscheidungsgrundlagen, die hier auf dem Tisch liegen, und stellen Sie dar, warum das das bessere Modell ist. Dann kämen wir vielleicht auf einer sachlichen Ebene weiter.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Jochen Klenner** (CDU): Ich bin dankbar, dass ich Ihnen noch einmal unsere ordnungspolitische Meinung erläutern darf. Der Staat sollte Dinge dann übernehmen, wenn er sie mindestens genauso gut machen kann. Die Anforderung, dass man es unbedingt besser machen muss, sehe ich nirgendwo.

(Monika Düker [GRÜNE]: Das ist umgekehrt: Wir sind nicht bei einer Verstaatlichung, sondern bei einer Privatisierung!)

Sie betonen immer das Drohszenario, dass der Spielerschutz nicht mehr funktioniert. Wir haben in der Anhörung sogar von Experten die Auffassung gehört – das muss man nicht vertreten –, dass es vielleicht gar nicht so schlecht ist, wenn der Eigentümer und derjenige, der es überwacht, nicht der Gleiche sind.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Einer! Du warst ja nicht da, du kannst es ja nicht wissen! – Ralf Witzel [FDP]: Mehrere!)

– Ja, gut, wenn der eine Ihnen nicht gefällt ... Sie sagen ja, es sei so eindeutig gewesen. Es bot sich ein sehr differenziertes Bild.

Auf das Thema „Trägerschaft“ kann man auch eingehen. Was ist das für ein Grundverständnis? Was würde das eigentlich für andere Bereiche bedeuten?

Jetzt kommt gleich wieder, der Spielerschutz sei etwas ganz Besonderes. Ich nenne mal ein paar andere Themen, die für mich auch ganz besonders sind: Müssen wir eigentlich Tabakautomaten betreiben, um den Jugendschutz zu überwachen, Frau Düker? Müssen wir Gaststätten haben, um zu überwachen, dass kein Alkohol an Minderjährige ausgeschenkt wird?

(Monika Düker [GRÜNE]: Wir sind doch hier nicht bei einer Grundsatzdebatte! Gehen Sie doch mal auf das Gesetz ein!)

Was ist mit Arbeitsschutz? Was ist mit Gesundheitsschutz? Müssen wir der Betreiber sein, um die Regeln zu überwachen?

(Monika Düker [GRÜNE]: Nein, es geht doch um das Konkrete und nicht um das Abstrakte!)

Dieses Grundverständnis verstehe ich nicht, und deshalb verstehe ich auch Ihr Problem nicht.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Noch einmal: Der Spielerschutz wird mit der gleichen Qualität und Sorgfalt sichergestellt, wie wir das in NRW bislang kennen.

Geben Sie mir die Gelegenheit, auch auf die berechtigten Interessen der Beschäftigten einzugehen.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN – Glocke)

– Sie haben gleich noch die Chance, etwas zu sagen.

Es ist schon wichtig, die Beschäftigten ernsthaft in den Blick zu nehmen und nicht nur, um sie für Ihre Argumentation zu missbrauchen. Ich habe Verständnis, dass der Wechsel des Arbeitgebers immer mit Sorgen und Unsicherheiten verbunden ist. Das ist völlig klar. Ich bin mir aber auch sicher, dass in diesem Fall auch für die Mitarbeiter eine große Chance besteht.

(Monika Düker [GRÜNE]: Das sehen die aber ganz anders!)

Die zentralen Fragen der Branche beziehen sich doch nun wirklich nicht auf das Thema „Trägerschaft“, sondern seit Jahren auf die gesellschaftliche Entwicklung: Digitalisierung, verändertes Spielerverhalten. Ich bin der Auffassung, dass private Betreiber, die sich an Regeln halten, viel besser auf solche Entwicklungen reagieren können und damit auch ein nachhaltig guter, sicher aufgestellter Arbeitgeber sein können.

Wir haben ja in der Anhörung die Arbeitnehmervertreter gehört. Sie berichteten darüber, wie oft die Geschäftsführung ausgetauscht worden ist, welche Probleme es gab, auch unter Ihrer Regierung. Ich weiß nicht, wie Sie behaupten können, dass unter einer Trägerschaft des Landes alles so viel besser sei.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Da klangen die Äußerungen in der Anhörung aber völlig anders.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Das ist unwahr!)

Da muss ich zumindest sagen: Vielleicht wird es dann mit den Privaten doch besser. Das sind Äußerungen des Betriebsrats, die Sie nicht wegdiskutieren konnten.

Es bleibt nicht mehr viel Zeit, um auf unseren Änderungsantrag einzugehen. Der ist aber relativ unstrittig, und ich glaube, Sie lehnen den nur aus Bockigkeit ab. Dort geht es um ein Thema, das sich überhaupt nicht ändert und wo Kontinuität besteht, nämlich um Stiftungen. Es geht um einige Konkretisierungen bei der Verwendung. Dass die Mittel weiterverwendet werden, ist klar. Wir sind uns im Bereich „Arbeit, Gesundheit und Soziales“ wohl relativ einig, dass wir den Stiftungszweck erfüllen, wenn wir das etwas näher konkretisieren.

Ich habe gar nicht die Erwartung, dass Sie bei dem anderen Thema über Ihren Schatten springen, aber zumindest dem Änderungsantrag könnten Sie eigentlich zustimmen, denn soweit ich weiß, haben Sie das auch immer im Stiftungsrat so vertreten. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die SPD-Fraktion hat nun der Abgeordnete Herr Zimkeit das Wort.

**Stefan Zimkeit<sup>1)</sup>** (SPD): Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Sie haben gerade bewiesen, Herr Klenner, dass Sie auch in dieser Frage schlecht informiert sind. Wir stimmen dem Änderungsantrag nämlich zu. Leider waren Ihre Informationen über den Rest des Themas genauso schlecht wie Ihre Informationen darüber.

Sie hätten uns erläutern müssen, wem es nutzt und warum es nützlich ist, dieses Gesetz zu verabschieden. Das haben Sie komplett versäumt. Deshalb will ich klarstellen, wem es nichts nutzt.

Es nutzt den Beschäftigten nichts, die sehr deutlich gemacht haben, dass sie eine Verschlechterung ihrer Situation erwarten, und die Ihnen vor allen Dingen vorgeworfen haben, Ihr Versprechen, die Beschäftigung langfristig abzusichern, nicht eingehalten zu haben. Sie haben dieses Versprechen gebrochen.

(Beifall von der SPD)

Wenn Sie sich dann hier hinstellen und sagen, Sie wüssten besser als die Beschäftigten selbst, was für sie gut sei, dann legen Sie die Arroganz der Macht an den Tag.

Es nutzt auch nicht dem Spielerschutz. Es ist deutlich, dass nicht mehrere Experten, wie Sie es behauptet haben, gesagt hätten, das sei besser für den Spielerschutz, sondern das war nur ein Experte, nämlich der Kollege aus dem Beirat von Herrn Gauselmann.

(Heiterkeit von der SPD)

Die Arbeitsgemeinschaft Suchtprävention, die unsere Landesregierung, die im Moment wieder „breit“ anwesend ist, berät, hat eindeutig gesagt: Das schadet dem Spielerschutz, weil ein Privater zuerst ökonomische Interessen hat und dann vielleicht auf den Spielerschutz guckt. Es ist eindeutig gesagt worden: Das nutzt dem Spielerschutz nicht.

(Beifall von der SPD)

Und wem nutzt es auch nicht? – Es nutzt auch nicht der Kriminalitäts- und der Geldwäschebekämpfung. Da bin ich mal auf die Ausführungen von Herrn Reul gespannt.

Der Bund Deutscher Kriminalbeamter hat sehr eindeutig klargemacht, dass das neue Gesetz der Geldwäsche Vorschub leistet. Es wurde gesagt, sie sehen Spielbanken grundsätzlich kritisch, aber die damit verbundenen Probleme der Kriminalitätsbekämpfung werden durch die Privatisierung verschärft. – Herr Reul, spätestens jetzt müssten Sie auf Ihre Expertinnen und Experten hören und die Notbremse ziehen,

wenn das so ist, und dürften nicht einfach so weitermachen.

(Beifall von der SPD und Monika Düker [GRÜNE])

Wem nutzt es noch nicht? – Es nutzt nicht den Standortkommunen, die unisono gesagt haben: Wir wollen dieses Gesetz nicht, weil dieses Gesetz die Standorte nicht absichert. – Eigentlich müssten alle, die aus den entsprechenden Städten kommen, Nein sagen, weil das gegen die Interessen dieser Kommunen verstößt. Auch das wurde deutlich.

Und es nutzt auch nicht dem Land, weil mittlerweile klar ist, dass sich in Zukunft – das haben die letzten Zahlen gezeigt – die wirtschaftliche Situation in diesem Bereich erheblich verbessern wird. Außerdem ist klar geworden, dass für die Kontrolle, wenn sie denn beibehalten werden soll, mehr Bürokratie entsteht. Dieses Gesetz schafft mehr Bürokratie, und die FDP wird es durchsetzen. Alles nur Gerede von weniger Bürokratie in dieser Verwaltung!

(Beifall von der SPD und Monika Düker [GRÜNE])

Dann ist die Frage: Wem nutzt es denn? Da kann man auf das verweisen, was schon passiert ist. Bei der voreiligen Öffnung der Möbelhäuser ging es um die ostwestfälische Möbelindustrie. Hier geht es eindeutig um die ostwestfälische Glücksspielindustrie. Denen nutzt es. Den privaten Glücksspielkonzernen nutzt es. Die hoffen, hiermit mehr Geld zu verdienen, und das auf Kosten der Steuerzahler. Das sind die Einzigen, die etwas davon haben.

Und damit sie auch wirklich etwas davon haben, werden jede Menge Kirschen auf die Sahne geworfen, die hier sowieso schon verteilt wird. Es wird das Verbot des Online-Glücksspiels gestrichen. Es werden zwei neue Standorte ermöglicht. Bei Neugründungen fallen weiterhin Glücksspielabgaben von nur 25 % an.

Was heißt das denn? – Der Staat verzichtet auf Geld, um den Profit von privaten Glücksspielkonzernen zu erhöhen. Und warum tun Sie das? – Weil das Ganze für Sie eine Blaupause für die weitere Privatisierung sein soll. Sie bevorzugen hier die Privaten gegenüber öffentlich-rechtlichen Betreibern, um zukünftig sagen zu können: „Die machen es besser“, und das als Blaupause für weitere Privatisierungen auf dem Rücken von Beschäftigten und zum Schaden des Landes. Unter anderem darum geht es Ihnen im Kern.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Pfui!)

Wenn Sie nicht auf uns, nicht auf den Bund Deutscher Kriminalbeamter, nicht auf die Beschäftigten und nicht auf die Betriebsräte hören, dann hören Sie doch wenigstens auf diejenigen, die schreiben: Der Rat der Stadt spricht sich dafür aus, das Gesetzesvorhaben zur Privatisierung der Westdeutschen

Spielbank GmbH nicht weiterzuverfolgen. – Das ist die Resolution der Stadt Aachen.

(Der Redner hält ein Papier hoch.)

Hier ist der Briefkopf der CDU. Hier ist der Briefkopf des FDP. Sie alle gemeinsam haben das beschlossen. Sie wussten, was Sie tun. Ich habe eigentlich von Herrn Laschet erwartet, dass er heute hier ist und zeigt, ob er auf der Seite der Beschäftigten und seiner Heimatstadt oder auf der Seite ostwestfälischer Spielerunternehmen steht.

Wir stehen auf der Seite der Beschäftigten und lehnen deswegen diesen Entwurf ab. – Danke schön.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

**Präsident André Kuper:** Danke schön, Herr Kollege. – Für die FDP hat nun der Abgeordnete Herr Witzel das Wort.

**Ralf Witzel (FDP):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Glücksspielmarkt befindet sich in einem Umbruch – mit völlig ungewissem Ausgang. Der staatliche Casinobetreiber WestSpiel blickt deshalb auch schon auf etliche Verlustjahre in der jüngeren Vergangenheit zurück. Wie vergesslich sind Sie eigentlich, Herr Zimkeit? Zu rot-grüner Regierungszeit konnte die drohende Insolvenz von WestSpiel durch die umstrittene Warhol-Verkaufsauktion bei Christie's in New York so eben noch abgewendet werden.

(Zurufe von der FDP: Ah!)

Seitdem schmelzen die Erlöse aus dem Ausverkauf des Tafelsilbers dahin wie Schnee in der heißen Mittagssonne.

(Monika Düker [GRÜNE]: Kennen Sie die Bruttospielerträge aus diesem Jahr?)

Das Testat des Wirtschaftsprüfers, Frau Düker, mit einer positiven Fortführungsprognose hat WestSpiel nur aufgrund des angekündigten fünften Casino-Standorts in Köln ab 2021 erhalten.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Die Sie verweigert haben!)

Bis heute, wenige Monate vor diesem Datum, gibt es nur Fehlanzeige: noch kein realisierbarer Standort, kein tragfähiges Konzept vorhanden.

WestSpiel birgt weiterhin hohe Verlustrisiken. Die sollten wir dem Steuerzahler endlich nehmen.

(Beifall von der FDP)

Zahlreiche andere Bundesländer haben die Zeichen der Zeit erkannt, die Risiken des Glücksspielmarktes gesehen und sind genau diesen Weg gegangen, Risiken vom Steuerzahler wegzunehmen und auf

private Anbieter zu übertragen. Sie haben damit gute Erfahrungen gemacht. Fragen Sie doch Ihre Parteifreunde in unterschiedlichsten Regierungskonstellationen: Rot-Rot-Grün in Berlin, Rot-Grün in Hamburg, Rot-Grün in Niedersachsen, Rot-Schwarz in Mecklenburg-Vorpommern, Schwarz-Grün in Hessen, Schwarz-Rot-Grün in Sachsen-Anhalt, Rot-Gelb-Grün in Rheinland-Pfalz. Mit der Privatisierung von WestSpiel sind es dann 9 von 16 Bundesländern mit einem privaten Betreiber.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

– In der Sachverständigenanhörung, Herr Kollege, haben wir vom geschäftsführenden Betriebsrat eindrucksvoll erfahren, was aus seiner Sicht beim öffentlichen Betreiber WestSpiel alles im Argen liegt und wie konfliktär dort die Arbeitsbeziehungen sind trotz bestehender 60 Betriebsvereinbarungen.

Einmal mehr bestätigt sich: Der Staat ist eben nicht der bessere Unternehmer. Er ist es nicht bei der WestLB gewesen, er ist es nicht beim BLB, und er ist es auch nicht bei WestSpiel.

(Beifall von der FDP)

Der Spielbankenbetrieb ist eben keine öffentliche Daseinsvorsorge. Der Staat gehört als Aufsicht an den Roulettisch und nicht als Croupier.

WestSpiel erhält neue Perspektiven, wenn ein privater Betreiber mit frischem eigenem Geld die alten Standorte zeitgemäß modernisiert und mit neuen Konzepten den Spielerschutz stärkt.

**Präsident André Kuper:** Herr Kollege Witzel, es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage des Abgeordneten Zimkeit.

**Ralf Witzel (FDP):** Selbstverständlich gerne, wir haben nichts zu verheimlichen.

(Zurufe)

**Stefan Zimkeit<sup>\*)</sup> (SPD):** Wir werden im weiteren Verfahren gucken, ob da etwas zu verheimlichen ist.

Sie haben sich in Ihren Äußerungen gerade auf den Vorsitzenden des Betriebsrates bezogen. Ich möchte Ihnen dazu folgende Frage stellen: Könnten Sie uns die Positionierung des Vorsitzenden des Betriebsrats zu dem Gesetzentwurf, zur Privatisierung vortragen?

**Ralf Witzel (FDP):** Der Vorsitzende des Konzernbetriebsrats hat zu unterschiedlichen Fragen des Gesetzentwurfs Stellung bezogen. Er hat die Privatisierung insgesamt kritisch gesehen. Er vermittelte in der Begründung ein Bild – eine Beschreibung – für das, was im öffentlichen Betrieb von WestSpiel in den

letzten Jahren alles gelaufen ist, bei dem ich mir ein Urteil zu bilden habe und als Abgeordneter sage: Was da beschrieben wurde, ist sehr konfliktär. Ein Privater kann das eigentlich gar nicht schlechter machen, als es hier von öffentlicher Seite aus festgestellt wurde. – Das ist die Schlussfolgerung, die ich daraus ziehe, Herr Kollege.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ansonsten spreche ich, wie Sie wissen, mit sehr vielen Beschäftigten.

(Monika Düker [GRÜNE]: Ach, seit wann denn das?)

Da erfährt man auch vieles aus dem Unternehmen, was hilfreich und

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

praxisorientiert ist, um beurteilen zu können, was in dem Unternehmen läuft. Deshalb, Herr Kollege, weiß ich ebenso wie Sie, dass WestSpiel in den letzten Jahren viele Negativschlagzeilen geboten hat. Es ging immer wieder um die Themen „Geldverschwendung“, „wilde Partys“, „Lustreisen“, „Unsummen an Beraterhonoraren“ und „Gutachteritis“.

(Zuruf von Arndt Klocke [GRÜNE])

Es ging wiederholt um die Zerstörung von Kunstwerken – um Marilyn im Nachtclub Zero von WestSpiel, um die chinesischen Vasen aus der Serie „Vung Tau Cargo“ und anderes.

Jetzt zu Ihrem Bild, des angeblich so seriösen staatlichen Casinos: Das ist ...

**Präsident André Kuper:** Herr Kollege, es gibt den Wunsch nach einer zweiten und dritten Zwischenfrage. Dann ist auch die Möglichkeit von Zwischenfragen nach § 34 der Geschäftsordnung erschöpft. – Frau Düker, von Ihnen war die zweite Zwischenfrage.

**Monika Düker (GRÜNE):** Danke schön, dass Sie die Zwischenfrage zulassen, Herr Kollege Witzel.

(Ralf Witzel [FDP]: Selbstverständlich!)

Mir geht es auch um den Komplex der Beschäftigteninteressen. Warum haben Sie eigentlich auf keinen Brief der Beschäftigtenvertretung, der Betriebsräte reagiert bzw. geantwortet? Warum haben Sie nicht eine Gesprächsbitte der Betriebsräte angenommen? Warum haben Sie keine Gespräche mit den Betriebsräten geführt? Woher kommt diese Verweigerungshaltung eines Austausches?

Die Beschäftigten hätten dann zu den Vorwürfen der Verschwendungssucht und was sie alles für heimliche Partys feiern, Stellung nehmen können. Dazu haben Sie ihnen aber nicht einmal Gelegenheit gegeben. Warum eigentlich nicht?

**Ralf Witzel (FDP):** Frau Düker, vorab darf ich darauf hinweisen: Da geht es nicht um irgendwelche heimlichen Aktivitäten. All das, was ich hier berichte, ist öffentlich bekannt.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Antworten! – Weitere Zurufe)

– Ich bin gerade dabei, wenn Sie freundlicherweise zuhören würden.

Das ist alles öffentlich. Zu allem gibt es Landtagsdrucksachen, die meisten übrigens aus Zeiten Ihrer Regierungsverantwortung. Dafür hat der heutige SPD-Parteivorsitzende und frühere Finanzminister Norbert Walter-Borjans die Daten geliefert und sich das eine oder andere Mal entschuldigt, weil so ein Bild von WestSpiel abgegeben würde, das er für ein öffentliches Unternehmen nicht unbedingt für richtig halte.

Frau Düker, wir stehen für jedes Gespräch zur Verfügung. Da muss man uns anfragen. Das ging vor dieser Entscheidung, das geht im weiteren Prozess nach dieser Entscheidung. Richtig ist auch, dass Fraktionen offenbar unterschiedlich eingeladen wurden, unterschiedliche Gespräche gesucht wurden.

(Zuruf von der SPD)

Ich kann allen anbieten, die selbstverständlich in Funktion ein Gesprächsinteresse haben, mit uns zu reden. Wir haben auch viele Zuschriften von Beschäftigten zu dem Thema erhalten und sie beantwortet. Wir werden selbstverständlich auch mit den Beschäftigtenvertretern reden, wenn es konkrete Gesprächswünsche gibt. Wir können gleich direkt Termine verabreden, auch was den weiteren Prozess angeht.

(Monika Düker [GRÜNE]: Ja?)

Als FDP stehen wir dafür jederzeit zur Verfügung.

Frau Düker, jetzt zu dem Bild und dem Eindruck, den Sie so gerne verbreiten: Wenn ein Öffentlicher hier tätig ist, ist das seriös. Wenn ein Privater das tut, ist es das nicht.

Ich will das einmal kritisch hinterfragen, und ich meine damit gar nicht die immer wieder aufgetretenen Fälle von Spielmanipulation, die Sie in der Vorlage 16/3493 des früheren Finanzministers Norbert Walter-Borjans nachlesen können. Dieses individuelle Fehlverhalten kann in der Tat in gleicher Weise bei Privaten wie bei Öffentlichen immer vorkommen.

Ich meine das, was programmlich dort stattfindet. Warum hängen Sie als Grüne eigentlich so sehr daran? Ich habe Ihnen einmal etwas mitgebracht, was Ihrer früheren Gesundheits- und Emanzipationsministerin Barbara Steffens, Grüne, wirklich peinlich war.

(Monika Düker [GRÜNE]: Oh Gott, was hat das jetzt mit dem Gesetz zu tun?)

Das war das Veranstaltungsformat „Herr-Reinspaziert: Männerabend bei WestSpiel!“ Der Text und das ganze Programm bedienen wirklich alle Geschlechterklischees. Ich darf Ihnen das in Auszügen zitieren, mehr Zeit habe ich leider nicht:

„Wann ist ein Mann ein Mann? Auf jeden Fall am 7. Februar in der Spielbank Duisburg. Ab 18 Uhr dreht sich das Programm um die Herren der Schöpfung. Höhepunkt des Abends ist die Verlobung eines PS-starken Geländewagens ...

Die Sondergewinne haben es in sich – oder besser: unter der Haube. Ein glücklicher Gewinner darf ein Wochenende lang mit einem Jeep ... auf Erkundungstour gehen. Wie man seinen Boliden richtig beherrscht, auch in Extremsituationen, lernt der Sieger ...“

(Martin Börschel [SPD]: Haben Sie gewonnen? – Heiterkeit)

Warum Sie für diese Wissensvermittlung den Staat benötigen, Frau Düker, ist für uns nicht ersichtlich.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die NRW.BANK als Eigentümerin hat uns jedenfalls sehr klar mitgeteilt, dass das Geschäftsgebaren von WestSpiel für sie als Förderbank ein Reputationsnachteil ist und sie sich – nicht nur wegen Corona, aber auch – in der nächsten Zeit um ganz andere Aufgaben für dieses Land, für die Unternehmen, für die Start-ups, für die Kommunen kümmern muss und möchte als um die Förderung des Glückspiels, als um die Förderung der Casinos. Ich glaube, wenn ein Eigentümer so intensiv darum bittet, sein Eigentum abgeben zu dürfen, ist das auch einmal ein Anlass, darüber nachzudenken. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Kollege. – Es gibt jetzt eine Kurzintervention der AfD. Herr Keith hat das Wort. Bitte schön.

**Andreas Keith**<sup>1)</sup> (AfD): Herr Witzel, Sie haben von wilden Partys gesprochen. Dabei haben Sie vergessen, dass es eine Weihnachtsfeier war. Das war im Übrigen die einzige Weihnachtsfeier nach über 20 Jahren für Mitarbeiter, die oft zu Nachtzeiten arbeiten und stark beansprucht werden. Die Betriebsleitung hat damals versucht, mit einer Art Weihnachtsfeier die Mitarbeiter zu motivieren, vielleicht wieder etwas mehr zusammenzufinden usw. usf.

Das Ganze hat für 1.000 Mitarbeiter 70.000 Euro gekostet. Halten Sie das wirklich für zu teuer und für eine Maßnahme, die man nicht einmal ausprobieren kann, nachdem man 20 Jahre lang nicht einmal so etwas durchgeführt hat, sich 20 Jahre lang noch nicht einmal bei den Mitarbeitern für ihre Arbeit bedankt

hat und auch nicht einmal seitens der Politik eine Wertschätzung gegenüber den Mitarbeitern dieses Casinounternehmens gezeigt hat, die jahrzehntelang, nämlich seit 1976, dem Staat viel Geld eingebracht haben?

Meiner Auffassung nach ist es ja nicht das erste Ziel eines Casinos, Gewinne zu erwirtschaften, sondern hier müsste man entsprechend § 1 des Gesetzes über die Zulassung von Spielbanken arbeiten. Dazu gehört schon ein Stück weit eine Daseinsvorsorge, Menschen, die unter Spielsucht leiden, die dem Glücksspiel nicht widerstehen können, auch eine Möglichkeit zu geben, in dem dafür vorgesehenen gesetzlichen Rahmen zu spielen.

Wenn man da mal Danke sagt und über eine Weihnachtsfeier mal versucht, die Mitarbeiter zusammenzuführen, halte ich es nicht für redlich, wenn Sie dann von wilden Partys sprechen.

(Beifall von der AfD)

**Präsident André Kuper:** Kollege Witzel.

**Ralf Witzel**<sup>1)</sup> (FDP): Herr Keith, die Frage, die Sie in den Raum gestellt haben, wie wertschätzend der öffentliche Arbeitgeber WestSpiel in den 20 Jahren mit seinem Personal umgegangen ist, kann man ansprechen.

Genauso kann man die Frage stellen, die wir hier diskutiert haben: Wie kommt es eigentlich, was ja völlig untypisch für ein öffentliches Unternehmen ist – der Konzernbetriebsratsvorsitzende hat es hier vorgetragen –, dass in zehn Jahren dort zehn Geschäftsführer tätig waren? Die Fluktuation, die da stattgefunden haben muss, ist ja völlig irre für ein öffentliches Unternehmen.

Ihre Frage zeigt, dass es sehr berechtigt ist, mal bei WestSpiel hinter die Kulissen zu gucken, wie Dinge organisiert waren.

Aber ich möchte gerne antworten, indem ich das wiedergebe, was der frühere Finanzminister Norbert Walter-Borjans gesagt hat. Ich stehe nicht im Verdacht, automatisch mit ihm immer einer Meinung gewesen zu sein.

(Heiterkeit von der FDP)

An der Stelle waren wir aber tatsächlich einer Meinung, nämlich: Wenn ein öffentliches Unternehmen kurz vor der Insolvenz steht und international die Schlagzeilen bestimmt durch Warhol-Notverkäufe bei Christie's in New York, dann muss der äußere Rahmen für Betriebsveranstaltungen – gerade angesichts der wirtschaftlichen Situation – auch öffentlich vermittelbar sein.

(Beifall von der FDP)

Wenn Sie dann im „WestSpiel Newsflash“, dem Mitarbeiterrundbrief von WestSpiel, nachgelesen haben, wie dort beschrieben wurde, was das für ein Geleage war, dann hat uns das alle und die breite Medienöffentlichkeit sehr irritiert, wie man nachher ein solches Ereignis in diesen Zeiten kommuniziert, in denen man gerade notdürftig die Existenz des Unternehmens gesichert hat. Am Totensonntag dann eine solche Sause zu feiern, ist nicht angemessen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und Arne Moritz [CDU])

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion der Grünen hat die Abgeordnete Frau Düker das Wort.

**Monika Düker (GRÜNE):** Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Kommen wir doch mal wieder zur Sache zurück, Herr Witzel: Was ist denn Ziel dieses Spielbankgesetzes, das wir heute beraten? – Das Ziel des Spielbankgesetzes ist es erstens, Spielsucht zu bekämpfen und Spielerschutz zu gewährleisten, und zweitens, durch ein begrenztes Glücksspielangebot den Spielbetrieb in geordnete und überwachte Bahnen zu lenken. Das ist der sogenannte öffentliche Kanalisierungsauftrag.

Dieser öffentliche Auftrag, Herr Witzel – ich glaube, das haben Sie bis heute nicht verstanden –, beinhaltet eben nicht das Ziel, privaten Betreibern Geld in die Kasse zu spülen und eine Gewinnmaximierung zu ermöglichen.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Dieser öffentliche Auftrag, Herr Witzel, war Ihnen heute keinen einzigen Satz in der Debatte wert. Das zeigt, wes Geistes Kind Sie sind und welche Ziele Sie hier verfolgen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Denn diesem Anspruch in § 1 wird das Gesetz nachweislich selber nicht gerecht. Es dient vor allem dem Ziel, den Interessenten an einem Verkauf von WestSpiel möglichst hohe Gewinne zu verschaffen.

Das Gesetz erfüllt das Versprechen des Ministers nicht. Herr Lienenkämper, ich muss Sie leider persönlich ansprechen. Ihr Versprechen war eindeutig, dass sich durch eine Privatisierung von WestSpiel nichts verändern würde. – Denn eine Privatisierung, Herr Witzel, ist kein Selbstzweck.

Ich zitiere den Finanzminister aus dem HFA-Protokoll vom 17.01.2019 – darin werden Sie, Herr Lienenkämper, in indirekter Rede so wiedergegeben –:

„Er habe immer gesagt, dass er ein hohes Interesse an einer mindestens gleichwertigen oder sogar besseren Suchtprävention und Spieler-

schutz habe. Dass berechnete Interessen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern genau wie alle anderen berechtigten Interessen der Standortkommunen, der Eigentümer, des Landes berücksichtigt werden müssten, sei klar.“

Dieses Gesetz, Herr Lienenkämper, straft diese Aussagen Lügen. Das ist nachweislich so.

(Beifall von den GRÜNEN – Jochen Klenner [CDU]: Wo sind die Nachweise?)

Ich komme zum Faktencheck, um das zu belegen.

Erstens: Suchtprävention/Spielerschutz. Bei der Anhörung hat die Landeskoordinierungsstelle Glücksspielsucht unmissverständlich festgestellt, dass die Möglichkeit zweier neuer Standorte aus suchtpräventiver Perspektive keinen Sinn macht.

Ich muss schnell durch die Punkte durchgehen. Es ist so viel an Faktencheck.

Zweitens: Beispiel Interessen der Beschäftigten. Ver.di und andere bilanzieren zu Recht, dass Beschäftigungsgarantie und Tarifbindung nicht verbindlich geregelt sind.

Herr Witzel, Sie hatten Anschreiben von den Beschäftigten vorliegen, und Sie haben sie nicht beantwortet.

(Beifall von der SPD)

Sie hatten Gesprächsanfragen. Das ist nachweislich so. Wissen Sie eigentlich, wie sich die Beschäftigten hier fühlen, wenn Sie ununterbrochen seit Jahren auf ihrem Rücken eine Diffamierung betreiben, die wirklich jeder Beschreibung spottet? Wie können Sie hier so einseitig die Beschäftigten diffamieren, ohne überhaupt einmal mit ihnen zu reden, um ihnen Gelegenheit zu geben, dazu Stellung zu nehmen?

(Beifall von den GRÜNEN)

Drittens: Spielbankenabgabe. Unter anderem die Deutsche Steuer-Gewerkschaft hält es für nicht nachvollziehbar, warum eine Spielbankenabgabe bei Neugründungen reduziert werden kann. Auch das widerspricht dem öffentlichen Auftrag in § 1 und fördert dagegen Privatunternehmen.

Viertens. Die Interessen der Standortkommunen, die Sie ja sichern wollten, haben auch etwas mit der Spielbankenabgabe zu tun. Das sehen alle vier Standortkommunen komplett anders, Herr Lienenkämper, als Sie es ihnen versprochen haben. Denn sie weisen zu Recht darauf hin, dass es neben der fehlenden Absicherung der Spielbankenabgabe keine Standortgarantie gibt.

Fünftens. Herr Reul, leider muss ich Sie noch mal ansprechen; Beispiel: Folge- und Begleitkriminalität und Geldwäscheprävention. Der Bund Deutscher Kriminalbeamter, namentlich Herr Fiedler – Sie kennen ihn, und Sie schätzen ihn hoffentlich genauso



wie wir –, sieht gravierende Mängel. Zitat aus der Stellungnahme des Bundes Deutscher Kriminalbeamter zum Gesetzentwurf:

„Er verfehlt seine eigenen Ziele, indem er insbesondere bezogen auf Folge- und Begleitkriminalität sowie die Geldwäscheprävention unzureichende Vorkehrungen trifft.“

Herr Minister, wo bleibt hier Ihre Zero-Tolerance-Strategie? Gilt die nicht mehr? Wird sie dem Privatisierungswahn der FDP untergeordnet?

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Spätestens hier hätten doch bei Ihnen die Alarmglocken läuten müssen, und Sie hätten Korrekturbedarf anmelden müssen.

Herr Witzel, wir Grüne – das bitte ich zu akzeptieren und noch mal nachzulesen – sind von Anfang an offen in diese Debatte gegangen.

(Lachen und Zuruf von Ralf Witzel [FDP]: Ach so!)

Wir haben gesagt, dass Privatisierung kein Selbstzweck sei, genauso wenig wie eine öffentliche Trägerschaft gottgegeben sein müsse. Wir haben gebeten, uns zu begründen, warum eine Privatisierung besser sei. – Diesen Begründungsanspruch haben Sie mit diesem Gesetzentwurf nicht erfüllt – das ist einfach so –, und damit ist diese Privatisierung zum Selbstzweck verkommen. Das machen wir nicht mit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie, Herr Minister, haben Ihr Versprechen, dass mit der Privatisierung alle Standards mindestens gleich bleiben, wenn nicht besser würden, nicht erfüllt. Ich finde es bedauerlich, dass diese nachweislich einseitige Interessensvertretung durch die FDP von Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, so einfach durchgewunken wird. Das ist eine ideologiegesteuerte Politik.

Sie sind auf einem Kreuzzug, Herr Witzel,

(Lachen von Ralf Witzel [FDP])

der zulasten der Beschäftigten, des Spielerschutzes, der Kommunen und der Kriminalitätsbekämpfung geht.

Auch die Wirtschaftlichkeit können Sie nicht ernsthaft begründen. Sie sehen doch, wie sich die Bruttospielerträge nachweislich nach oben entwickeln. Noch nicht einmal das nehmen Sie in Ihrer ideologiegesteuerten Haltung gegenüber diesem Gesetzentwurf zur Kenntnis.

Es macht mich wirklich zornig – das merken Sie auch –, und ich bin selten so fassungslos gewesen. Trotz dieses Gesetzgebungsverfahrens und dieser Anhörung mit einer so breiten Kritik und so vielen

Änderungsvorschlägen machen Sie nichts – es gibt keinerlei Änderungen. Das Einzige, das Sie berücksichtigen – und da werden wir natürlich mitmachen –, ist von der Stiftung Wohlfahrtspflege gekommen. Aber in den relevanten Punkten hatten Sie null Bereitschaft, etwas zu ändern.

Das finde ich nicht nur bedauerlich, sondern richtig schäbig gegenüber allen, die unter diesem Gesetz und unter dieser Privatisierung zukünftig leiden werden. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN und Sven Wolf [SPD])

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Keith das Wort.

**Andreas Keith**<sup>\*)</sup> (AfD): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe mir so schön aufgeschrieben, was ich sagen möchte, und dann haben Frau Düker und Herr Zimkeit – das zeichnete sich schon in der Anhörung ab – fast alles vorweggenommen.

(Zurufe von Marcel Hafke [FDP] und Bodo Middeldorf [FDP])

Ich weiß, dass Sie das wahrscheinlich nicht begeistern wird, aber bei diesen Punkten sind wir alle der gleichen Meinung. Hier haben ein Abgeordneter bzw. eine Partei seit Jahren, vielleicht sogar seit Jahrzehnten, genau an dem gearbeitet, was wir heute als Ergebnis sehen: die Privatisierung von WestSpiel.

Herr Witzel, auch wenn es Ihnen nicht gefällt, muss ich leider noch mal auf die Anhörung und darauf, wie Sie sich dort gegenüber dem Betriebsrat bzw. den Mitarbeitern geäußert haben, eingehen. Ich habe in den vergangenen drei Jahren bei Anhörungen noch nie gehört, dass man sich so über Sachverständige geäußert hätte. Sie haben den Betriebsratsvorsitzenden von WestSpiel fast kriminalisiert.

(Zurufe von der FDP: Überhaupt nicht! Das ist doch absurd!)

Zumindest haben Sie durch das Beispiel, das Sie gebracht haben, eine ganze Branche kriminalisiert. Ihre Ausführungen zu den Pausenregelungen bei Croupiers – das muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen – zeigen, dass Sie wirklich keine Ahnung haben, was diese Mitarbeiter von WestSpiel tun.

Weil es mir so wichtig ist, habe ich mir gedacht, dass ich mir die Zeit nehme, Ihnen zu erklären, warum diese Pausenregelung so ist, wie sie ist. Die Mitarbeiter, die Spieltechniker in den Casinos stehen in ihrer Arbeitszeit permanent unter Beobachtung aller Gäste, aller Vorgesetzten, der Bereichsleiter und werden zudem videoüberwacht. Sie arbeiten zu

Zeiten, am Wochenende oder nachts, zu denen Sie wahrscheinlich schon schlafen. Sie arbeiten auch an Feiertagen und Freizeittagen, an denen Sie, Ihre Familie und alle anderen hier sich vergnügen. Sie arbeiten sehr konzentriert eine Dreiviertelstunde lang und können nicht, wie die meisten hier, mit ihrem Handy spielen oder auf ihrem Tablet herumtippen. Das geht nicht.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Sie müssen hochkonzentriert arbeiten, weil jeder Fehler sofort bemerkt und unter Umständen zu Konsequenzen bei der Beurteilung der Arbeitsleistung führt.

Und dann kommen Sie daher und prangern das an. Das zeigen auch die Auszüge aus Ihrem Interview mit der „Bild“-Zeitung. Da wiederholt sich das alles noch mal. Sie skandalisieren und kriminalisieren eine ganze Branche und zeigen Ihre Unwissenheit bei diesen Dingen.

Wie gesagt, ist eigentlich alles gesagt, aber ich möchte den rosa Elefanten, der hier im Raum steht, ansprechen. Natürlich ist deutlich geworden, um welchen Betrieb es sich handelt. Gerade Ihre Partei profitiert schon seit Jahren von der Gauselmann-Gruppe. 6 Millionen Euro – 6 Millionen Euro! – kamen der FDP von der Gauselmann-Gruppe in den vergangenen 20 Jahren über Spenden oder Immobiliengeschäften zugute.

(Zuruf von Stephen Paul [FDP])

Da wundert es mich nicht, dass in diesem Gesetzentwurf Ihre Handschrift deutlich zu erkennen ist. Da braucht sich auch niemand zu wundern, woher das alles kommt.

(Zuruf von der SPD: Da schämt man sich!)

Das, Herr Witzel, ist das, was Sie heute Morgen gesagt haben. So ehrlich müssen wir gegenüber dem Steuerzahler sein; das gehört zur Ehrlichkeit dazu. Sie subventionieren, bei einer Verminderung der Spielbankenabgabe bei einer Neugründung auf 25 %.

(Ralf Witzel [FDP]: Alles jetzige Regelungen! –  
Zuruf von der SPD: So blöd sind Sie doch gar nicht, dass Sie den Unterschied nicht verstehen!)

Herr Zimkeit hat eben von Kirschen gesprochen. – Wenn Sie WestSpiel das alles, diese unternehmerische Freiheit gegönnt hätten, dann hätten Sie heute überhaupt keine Argumente dafür, dass die Wirtschaftlichkeit nicht gegeben sei.

Zudem möchte ich Ihnen auch Folgendes ganz klar sagen: Wirtschaftlichkeit im Zusammenhang mit dem Unternehmen der WestSpiel – das kann nicht sein, auch nicht bei Casinos. Hier geht es nicht um Wirtschaftlichkeit. Hier geht es darum, die Spieler vor

illegalem Glücksspiel zu schützen. Hier geht es darum, die Glücksspielsucht zu kanalisieren und als Staat darauf zu achten, ein ordnungsgemäßes Spiel zu garantieren. Und das konterkariert alles, was Sie hier vorhaben.

(Beifall von der AfD)

**Präsident André Kuper:** Herr Kollege, es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage. Lassen Sie sie noch zu?

**Andreas Keith\*** (AfD): Ja.

**Präsident André Kuper:** Bitte, Herr Matheisen.

**Rainer Matheisen** (FDP): Herzlichen Dank für die Zulassung der Zwischenfrage. Sie bezieht sich auf Ihre Fraktionshomepage. Dort steht als zweiter Satz direkt oben verbunden mit einer Einsparforderung unter der Überschrift „Wirtschaftskrise“: Der Staat darf nur noch wichtige und dringliche Dinge finanzieren.

Halten Sie den Betrieb von Spielbanken und Casinos für wichtig und dringlich?

**Andreas Keith\*** (AfD): Unbedingt. Unbedingt. Und ich kann Ihnen ...

(Lachen von der FDP)

– Da brauchen Sie gar nicht zu lachen. Ich finde, diese Frage ist gut, und werde sie auch gerne beantworten. Dass Sie lachen, zeigt aber, dass Sie noch niemals jemanden kennengelernt haben, der von den Folgen einer Glücksspielsucht gezeichnet worden ist, dass Sie noch niemals mit jemandem gesprochen haben, der Haus und Hof verspielt hat und seine Familie in den wirtschaftlichen Ruin getrieben hat. Dass Sie hier lachen, zeigt genau das. Das zeigt Ihr ganzes Verständnis bei der Sache. Das zeigt auch die Handschrift, mit der Sie bei diesem Gesetzentwurf gezeichnet haben.

Und das zeigt: Die 6 Millionen Euro waren gut investiert. – Vielen Dank.

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank.

(Markus Wagner [AfD]: Immer schön die Hand aufhalten! – Unruhe – Glocke)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für die Landesregierung hat nun Herr Minister Reul das Wort.

(Jochen Klenner [CDU]: Sie haben eine unverschämte Unterstellung gemacht! – Markus Wagner [AfD]: Genau so funktioniert Politik! – Erhebliche Unruhe – Glocke)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte alle bitten, wieder zur Ruhe zu kommen. Dann hat die Landesregierung mit dem Minister das Wort.

(Markus Wagner [AfD]: 6 Millionen Euro! Korrupt bis über beide Ohren!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist sehr gut, dass hier Wort und Gegenwort möglich sind. Der Minister hat das Wort.

**Herbert Reul**, Minister des Innern: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Der Entwurf des Gesetzes über die Zulassung öffentlicher Spielbanken im Land Nordrhein-Westfalen ist der erste Schritt in Richtung einer Privatisierung der Spielbanken in NRW.

Die Landesregierung hat am 8. Mai 2018 beschlossen, die WestSpiel-Gruppe zu veräußern. Das kann man politisch unterschiedlich bewerten. Das ist der normale Streit. Allerdings sollte man dabei mit Argumenten kämpfen und vielleicht nicht in der Form, in der es hier am Ende passiert ist.

Ziel dieses Gesetzes ist, das im bisherigen Spielbankgesetz enthaltene Staatsmonopol über das neue Spielbankgesetz in ein privates Monopol zu überführen. Es wird also künftig nur eine Konzessionsinhaberin oder einen Konzessionsinhaber geben. Einen Wettbewerb verschiedener nordrhein-westfälischer Spielbanken untereinander soll es auch künftig nicht geben.

Die bisherigen Spielbankstandorte – das ist der zweite Punkt – werden beibehalten. Sie werden in der Standort-Rechtsverordnung bestimmt. Die Anzahl der möglichen Standorte wird auf sechs erhöht. – So weit die Fakten.

Im Übrigen wird die Konzessionsvergabe an einen Privaten diskriminierungsfrei im Rahmen einer europaweiten Ausschreibung erfolgen. Das wettbewerbliche Element bleibt also auf das Konzessionsvergabeverfahren beschränkt.

Umfangreiche Anforderungen an die Konzessionsinhaberin oder den Konzessionsinhaber insbesondere hinsichtlich der Zuverlässigkeit dienen dem Spielerschutz und der Vorbeugung krimineller Handlungen.

So müssen die Bewerberinnen und Bewerber umfangreiche Offenbarungspflichten erfüllen hinsichtlich ihres Gesellschaftsvertrages, der satzungsrechtlichen Bestimmungen und aller sonstigen Vereinbarungen, die sie mit unmittelbar oder mittelbar Beteiligten getroffen haben und die sich auf die Veranstaltung von Glücksspielen beziehen. Sie müssen unmittelbare und mittelbare Beteiligungen ihres Unternehmens sowie die jeweiligen Kapital- und Stimmrechtsverhältnisse darstellen. Weder sie selbst noch verbundene Unternehmen dürfen unerlaubte Glücksspiele veranstalten.

Die Genehmigungsbehörde ist ferner befugt, zur Überprüfung der Identität und der Zuverlässigkeit Informationen insbesondere bei den Polizeivollzugs- und Verfassungsschutzbehörden einzuholen.

Zur Sicherstellung des ordnungsgemäßen Spiels und der Vermeidung von Geldwäsche müssen zahlreiche Vorkehrungen und Sicherheitsmaßnahmen getroffen werden. Zum Beispiel zählen dazu die Genehmigungspflicht von Spiel- und Teilnahmebedingungen, die lückenlose Zutrittskontrolle und die Verpflichtung, bei jedem Umtausch von Geld in Jetons die Identität der Person erneut zu kontrollieren.

Weitreichende Aufsichtsrechte der Genehmigungsbehörde und der Finanzaufsicht garantieren eine effektive Aufsicht. So haben die Glücksspielaufsicht und die Finanzaufsicht ein jederzeitiges Betretungsrecht aller Räume, die zur Spielbank gehören, sowie das Recht, alle erforderlichen Unterlagen einzusehen.

Ausführlich ist geregelt, unter welchen Bedingungen die Konzession oder die Betriebserlaubnisse widerrufen werden können.

Ein ordnungspolitischer Beirat sichert zudem die Beratung der Konzessionsinhaberin oder des Konzessionsinhabers durch Vertreterinnen und Vertreter des Landes.

Das sind die Fakten und die Rahmenbedingungen. Deswegen ist da gar nichts zufällig, sondern alles sehr engmaschig geregelt. Ich bin relativ sicher, dass viele der Befürchtungen genau deshalb nicht eintreten werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Minister. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Daher schließe ich die Aussprache.

Wir stimmen erstens über den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/9391 ab. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD, Grüne, CDU und FDP. Wer ist dagegen? – Das ist die AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/9391** mit dem eben festgestellten Ergebnis **angenommen**.

Wir stimmen zweitens über den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/8796 in zweiter Lesung ab. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/9389, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 17/8796 in der soeben geänderten Fassung und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer möchte zustimmen? – Das sind CDU und FDP. Wer ist dagegen? – Das sind SPD, Grüne und AfD. Gibt es

Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Gesetzentwurf Drucksache 17/8796 in der soeben geänderten Fassung angenommen und verabschiedet.**

(Beifall von der FDP)

Wir stimmen drittens ab über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/9454. Wer diesem Entschließungsantrag der SPD folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD, Grüne und AfD. Wer ist dagegen? – Das sind CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Entschließungsantrag Drucksache 17/9454 abgelehnt.**

Ich rufe auf:

### **13 Die Klimadiplomatie der EU voranbringen und die diplomatischen Beziehungen Nordrhein-Westfalens klimapolitisch ausrichten**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/8891

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Ausschusses  
für Europa und Internationales  
Drucksache 17/9390

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner für die Fraktion der CDU dem Abgeordneten Dr. Bergmann das Wort.

**Dr. Günther Bergmann** (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Gleich vorweg will ich sagen, dass die CDU das Antragsthema der Grünen wichtig findet, wir allerdings auch der Meinung sind, dass es diesen Antrag der Grünen gar nicht gebraucht hätte, da er eigentlich von den Fakten inzwischen überholt wurde. Schließlich werden Bemühungen der EU und der Mitgliedsstaaten im Bereich der internationalen Klimadiplomatie unterstützt. Damit ist Ihr erster Punkt im Forderungsteil schon erledigt.

Auch der Ministerpräsident hat sich vor einiger Zeit schon öffentlich zur besonderen Bedeutung von Klimadiplomatie geäußert, zum anderen werden in den entwicklungspolitischen Schwerpunkten beispielsweise der Umwelt- und Klimaschutz als prioritäre Handlungsfelder genannt. Damit ist dann auch der zweite Punkt Ihres Forderungsteils schon Realität.

NRW leistet also schon seit Langem einen Beitrag dazu, dass der Klimawandel nicht ungebremst voranschreitet und tritt im In- und Ausland für Nachhaltigkeitsprinzipien ein.

So spricht die Landesregierung zum Beispiel in den schon erwähnten entwicklungspolitischen Schwerpunkten explizit davon, dass ein gegenseitiger Erfahrungsaustausch über Best-Practice-Beispiele auf internationaler Ebene vorangebracht werden kann, und sie wird prüfen, inwieweit die Erfahrungen in der Umsetzung von Klimaschutz und Energiewende in NRW im Rahmen der Zusammenarbeit sinnvoll nutzbar gemacht werden können.

Darüber hinaus setzt sich die NRW-Koalition in den Beziehungen zu Partnerregionen und zu Partnerländern schon jetzt ausdrücklich für Klimaschutz und Klimafolgeanpassungen ein.

Beispiel: Im Rahmen der engen Zusammenarbeit mit den Beneluxstaaten engagiert sich NRW seit Jahrzehnten – das müssten Sie auch wissen, Herr Remmel – im Bereich der erneuerbaren Energien, etwa beim Thema „grüner Wasserstoff“ und auch beim Hochwasserschutz.

Gerade beim Letzteren könnte ich nun als Vertreter des letzten – nein, das ist falsch – als Vertreter des ersten Wahlkreises am Rhein von Nordrhein-Westfalen – so viel Zeit muss sein aus lokalpatriotischen Gründen – stundenlang über diesen Hochwasserschutz referieren und zum Beispiel vom großen Einsatz der Ministerin Heinen-Esser etwa bei der Internationalen Hochwasserkonferenz in Arnhem oder von den engen Kooperationen der Deichverbände in den Kreisen Kleve und Wesel mit den niederländischen Kollegen in den grenzüberschreitenden Deichringen 46 und 47 rechts und links von „Vater Rhein“ berichten. Das sind nur zwei Beispiele.

Zusätzlich gibt es übrigens mit Dänemark, mit Frankreich und mit der Partnerregion Fukushima in Japan diverse Kooperationen im Energiebereich. Darüber wird regelmäßig berichtet. Damit sind auch die Punkte 3 und 4 Ihrer Forderungen schon längst erledigt. Die Landesregierung lebt das schon seit Langem.

Sie sehen, meine Damen und Herren, die NRW-Koalition ist auch an diesem Thema dran. Das, was Sie fordern, tun wir also längst. Sie sind quasi hinter der Lage, wie wir früher bei der Bundeswehr gesagt hätten, und wir lehnen daher Ihren Antrag, so wie auch im Ausschuss, entsprechend ab. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Herr Weiß das Wort.

**Rüdiger Weiß** (SPD): Sehr verehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Klimaschutz ist Zukunftsschutz. Das ist glücklicherweise bei den allermeisten vernunftbegabten Menschen in